

KURZ + GUT



»Only bad news is good news« heißt es unter Medienleuten, vor allem schlechte Nachrichten erregen demnach unsere Aufmerksamkeit. Doch positive Nachrichten aus dem Umwelt- und Naturschutz tun einfach gut. Deshalb finden Sie hier kleine bunte Meldungen der letzten Zeit, über die wir uns gefreut haben.

- In Köln hat sich unter dem Dach des BUND die türkischsprachige Umweltgruppe »Yesil Cember NRW« gegründet – nach dem Vorbild des Berliner »Grünen Kreises« (so die Übersetzung des Gruppennamens). Dieser wendet sich schon seit vier Jahren gezielt an Menschen mit türkischen Wurzeln, um für den Schutz von Umwelt und Natur zu werben. Mehr zur neuen Gruppe unter ► www.bund-nrw.de (Über uns)
- Rügen: Nach über zwölf Jahren Auseinandersetzung hat die Firma HeidelbergCement einen geplanten Kiesabbau im Naturschutzgebiet »Neuendorfer Wiek und Insel Beuchel« aufgegeben. Der BUND will das einmalig schöne Gebiet in der Nordrügenschens Boddenlandschaft nun vollständig erwerben und damit endgültig sichern.
- Fünf deutsche Buchenwälder gehören seit Ende Juni zum globalen Naturerbe (siehe S. 8). Zudem wurde das bestehende Weltnaturerbe Wattenmeer um den hamburgischen Nationalpark erweitert. Damit schloss die UNESCO auf Antrag des Hamburger Senats eine Lücke, die entstanden war, weil ebendieser im ersten Anlauf die Eingliederung seines Wattenmeers verhindert hatte – aus Sorge, die Elbe nicht länger vertiefen zu dürfen. Nun aber: ► www.wattenmeer-weltnaturerbe.de

- Ein Museum zur Geschichte des Naturschutzes hat auf Schloss Drachenburg in Königswinter bei Bonn eröffnet. Es zeigt, wie wichtig und unverzichtbar ehrenamtliches Engagement für den Naturschutz war – und bis heute ist. Für sein Wirken würdigt das Museum u.a. den BUND-Mitbegründer Bernhard Grzimek. Mehr dazu: ► www.naturschutzgeschichte.de (Museum)
- Anfang Juli beschloss das Europaparlament überraschend einmütig, den EU-Mitgliedsstaaten mehr rechtlichen Spielraum zu gewähren, um ihre Landwirtschaft vor den Risiken der Gentechnik zu schützen: ein wichtiger Etappensieg auch für die Lobbyarbeit des BUND. Nach der Sommerpause sind die Kommission und die Mitglieder am Zuge. Besonders Deutschland ist dann gefordert, seine Blockadehaltung aufzugeben und dem Votum des Parlaments zu folgen.



Drei Fragen an ...

Umweltpertin Eva Bulling-Schröter (Die Linke)

Der BUND ist strikt überparteilich. Verbündete unseres Engagements für Natur und Umwelt finden sich in allen großen Parteien. Zu ihnen zählt Eva Bulling-Schröter. Die Umweltpertin der Linken und Vorsitzende des Umweltausschusses (55) ist mit Unterbrechung (2002–5) seit 1994 im Bundestag. Das BUNDmagazin stellte ihr drei Fragen.

Frau Bulling-Schröter, Sie engagieren sich federführend in der parlamentarischen Gruppe »Frei fließende Flüsse«. Warum?

Ich wohne an der Donau in Ingolstadt und will nicht, dass diese für Eon und die Rhein-Main-Donau-AG weiter ausgebaut wird. Das letzte unverbaute Stück Donau zwischen Straubing und Vilshofen muss weiter frei fließen. Der Bundestag, der sich 2002 gegen Staustufen entschieden hat, sollte seine Meinung nicht

wieder ändern. Erst kürzlich war ich daher beim Donaufest in Niederaltreich, das der BUND mit ausrichtet.

Mein wichtigstes Anliegen als umweltpolitische Sprecherin meiner Fraktion ist allerdings der Klimaschutz.

Wie empfinden Sie die Diskrepanz, die bei der Linkspartei bisweilen zwischen ökologischer Programmatik und politischer Agenda sichtbar wird? So fördert die rot-rote Regierung in Brandenburg die unterirdische Speicherung von CO₂.

Dort hat sich der stärkere Koalitionspartner SPD mit seinem Kurs pro CCS durchgesetzt, das bedaure ich sehr. Wirtschaftspolitik steht in der Praxis eben manchmal über dem Ökologischen, diese Erfahrung haben andere Parteien auch schon gemacht. Im Bundestag hat die Linke beantragt, CCS zu verbieten,

entsprechend unserem Wahlprogramm. Auch sonst arbeiten wir sehr daran, unser ökologisches Profil zu schärfen.

Nun ist Ihre Partei traditionell eher sozial- als umweltpolitisch verankert. Sehen Sie Zielkonflikte, etwa wenn die Energiewende – die langfristig enorme Folgekosten durch die Atom- und Kohlekraft vermeiden wird – kurzfristig auch die Privathaushalte belasten sollte?

Natürlich gibt es die. Wir meinen jedoch, mit regenerativer Energie neue tariflich bezahlte und damit existenzsichernde Arbeitsplätze schaffen zu können. Wir brauchen den sozial-ökologischen Umbau, dazu gibt es keine Alternative. Und diesen Umbau müssen wir sozial gestalten, damit er genug Akzeptanz findet.



sz